

# Die Einheit der Linken gehört zwingend zur Einheit Deutschlands.

(Gregor Gysi)

**DIE LINKE.**

Informationen, Polemiken  
und Meinungen aus

## Linker Stadtanzeiger

18. Jahrgang / Nr.4 / 2007  
Preis: Spendenbeitrag

Schöne Ferien  
wünscht der Linke Stadt-  
anzeiger



Von Kerstin Nedoma

## DIE LINKE. ist da

Schwenkende hundert Luftballons, beeindruckende Lichteffekte und anhaltende stehende Ovationen – so wurde die drittgrößte Partei Deutschlands DIE LINKE. von den rund 800 Delegierten und vielen Gästen des Gründungs-Nachtreffen der Bundesfraktion von WASG und Linkspartei.PDS seit nunmehr fast zwei Jahren erfolgreich zusammenarbeitet ist nun zusammen gekommen, was zusammen gehört. Nach Monaten der intensiven Vorbereitung ist es vollbracht und es gibt eine wirkungsmächtige Partei links von der SPD. Das ist ein Ereignis mit historischer Bedeutung, denn Menschen aus Ost und West, aus Nord und Süd Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Bundesgebiet haben den Entschluss gefasst gemeinsam gute linke Politik für die Menschen in un-

serem Land zu gestalten und endlich eine geeinte Linke in Deutschland zu formieren. Die programmatischen Eckpunkte der Partei DIE LINKE. zeigen deutlich auf, dass es uns um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit geht, dass Frieden ein unverhandelbares Muss darstellt, dass Emanzipation nicht nur ein Schlagwort, sondern gelebte Wirklichkeit sein soll, dass man das Klima nur mit einer tatsächlichen Kehrtwende in der Umweltpolitik retten kann und für die Partei DIE LINKE. ist ganz klar, das System der Ungerechtigkeit und Ausbeutung, das System des Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, es gibt Alternativen und eine andere Welt ist möglich. Die gemeinsame Partei DIE LINKE. sieht sich großen Herausforderungen gegenüber; es gilt jetzt auf Landes-, Kreis- und Ortsebenen die Parteineubildung

praktisch zu vollziehen, Genossinnen und Genossen aus beiden Quellparteien, mit all ihren unterschiedlichen Ansichten, Perspektiven und Erfahrungen zusammenzuführen, damit man gemeinsam in die Gesellschaft hineinwirken kann. Für die Partei DIE LINKE. ist es wichtig, ihre Verantwortung wahrzunehmen und stets Anwältin der von der herrschenden Politik benachteiligten Menschen in unserem Land zu sein. Nur die neu gegründete Partei hat die Chance sich in ganz Deutschland, von München bis Schwerin, zu etablieren und der Zukunft zugewandt, wie der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Gregor Gysi meinte, „...die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.“

Von Manfred Augustyniak

# Renteneintritt mit 67 Jahren – auch das ist Rentenklau



Mein Sohn (Jahrgang 1961) und meine Tochter (1966 geboren) dürfen erst mit 67 Rentner werden. So jedenfalls schreibt es das von der CDU/CSU/SPD-Regierung beschlossene und vom Bundestag und Bundesrat bestätigte „Rentenversicherungs-

Altersgrenzenanpassungsgesetz“ - kurz Rentenreform genannt - vor.

Vielen Eltern und Großeltern ergeht es ähnlich! Dieses Gesetz ist ein erneuter Rentendiebstahl! Nur 3 Festlegungen dieses Gesetzes sollen das beweisen:

## Erst ab 67 in Rente.

Statt mit 65 beginnt die Altersregelrente nunmehr mit 67 Jahren. Die Anhebung erfolgt ab 2012 in Monatsschritten und setzt sich ab 2023 in Zweimonatsschritten fort, sodass der Prozess im Jahre 2029 abgeschlossen ist. Begonnen wird mit dem Jahrgang 1947 und der Jahrgang 1964 ist dann der erste Jahrgang für den das neue Rentenalter 67 Jahre gilt; Ausnahme: Wer 45 Jahre seine Pflichtbeiträge gezahlt hat, darf ohne Abschläge mit 65 das Rentenalter beginnen.

## Abschläge von 0,3% pro Monat

muss derjenige hinnehmen, der 35 Versicherungsjahre aufzuweisen hat und mit 63 Rentner werden will. Das wären bei einem Rentenanspruch von 1000 EUR ein Abschlag von  $0,3\% \times 48 \text{ Monate} \times 1000 \text{ EUR} = 144 \text{ EUR}$  pro Monat. Da die Altersrente bei Frauen (bis Jahrgang 1951) ab 65 abschlagsfrei bleibt und ab 60 mit Abschlägen in Anspruch genommen werden kann, hätte ein Ehepaar wenn beide

mit 63 in Rente gehen wollen und ein gemeinsames Renteneinkommen von 1800 EUR zu erwarten hätten, einen Rentenverlust von rund 202 EUR pro Monat.

## Schwerbehinderte

dürfen nun mit Abschlag statt bisher mit 60 jetzt mit 62 Jahren und ohne Abschlag statt bisher mit 63 nun mit 65 Jahren in Rente gehen.

Das Ganze ist deshalb Rentenklau ...

- weil die wenigsten Arbeitnehmer eine Chance haben bis 67 zu arbeiten. Denn zum einen stehen keine Arbeitsplätze zur Verfügung und zum anderen werden viele den körperlichen Arbeitsstress nicht mehr bewältigen können. Die Abschläge sind also Zwangsabschläge.
- Weil das Rentenniveau eine sinkende Tendenz hat und
- weil die Rentenbeiträge eine steigende Tendenz haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass im Monat Mai im Bereich des Arbeitsamtes Gießen von den 2677 Arbeitslosen insgesamt 1416 älter als 50 Jahre waren. Ich glaube nicht, dass die Mehrzahl von ihnen noch einmal Arbeit finden wird und so werden sie durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters weitere Geldeinbußen als Arbeitslosengeld- oder Harz IV-Empfänger haben.

Nun mag mancher jetziger Rentner sagen „Ich habe meine Rente, für mich trifft dieses Gesetz nicht zu“. Das stimmt, doch viele der jetzigen Rentner haben Kinder und Enkelkinder und die sind doch dann die Leidtragenden. Also geht das Gesetz uns alle etwas an!

Die Fraktion „Die Linke.PDS“

stimmte angesichts dieses unsozialen Inhalts der Rentenreform gegen dieses Gesetz im Bundestag, denn sie ist die Partei, die konsequent die sozialen Interessen der Menschen in Ost und West vertritt. Kein Wunder, dass CDU/CSU und SPD und auch FDP nunmehr gegen den erfolgten Zusammenschluss von Die Linke.PDS und WSAG wettern, denn eine vereinte und stärkere linke Partei wird ihrer unsozialen Politik noch größeren Widerstand entgegenzusetzen können.

Anerkennung verdienen auch die 15 Abgeordneten des linken Flügels der SPD, die ebenfalls dem Gesetz ihre Zustimmung verweigerten.

Von Gabriele Scholz

## Generation Praktikant – einfach aufstehen und weggehen

Mit dem Thema „Praktikum“ und seinen Schwierigkeiten wurde ich jetzt stark durch unsere Enkeltochter konfrontiert.

Sie sucht für 2007 eine Lehrstelle. Bei 22 Bewerbungen immerhin 3 Antworten!!

Dabei 2x eine Einladung zur Probearbeit und ein Vorstellungsgespräch. Jetzt hat sie immerhin einen Lehrvertrag als Hotelfachfrau in der Tasche. In den Hotels lief das Praktikum jeweils über 3 Tage. Eine Probe ohne Bezahlung aber mit vollem Einsatz im Geschäft.

Meine Gedanken dazu:

Schülerarbeit oder Praktikum wurde früher in den Betrieben auch geleistet, aber mit Bezahlung und Lehrstellen waren für alle vorhanden.

Jetzt ist das anders: **Die Betriebe nehmen sich Praktikanten!** Die Generation „Praktikant“ macht sich, das ist das Perverse daran, umso ausnutzbarer, je mehr sie ihr Praktikantsein „für lau“ akzeptieren.

Es ist jetzt mittlerweile selbstverständlich, vor der Anstellung noch ein Praktikum zu absolvieren. Die Unternehmen haben nun beinahe die unbegrenzte Auswahl von Praktikanten, die „für lau“ arbeiten. So sparen sie reguläre Jobs.

Wie nun aus dem Teufelskreis den Ausstieg schaffen?:

- Die Angst überwinden, eine kleine Revolution starten?
- Es würde auch reichen, wenn alle Praktikanten einfach nicht mehr mitmachen würden.
- Praktikum ja, aber nicht „für lau“!

**Es hilft nur, einfach aufzustehen und wegzugehen.**

Ich kann gut reden, werden Sie sagen. Ja, das stimmt. Aber sagen Sie doch selbst – so kann es doch nicht weiter gehen.

# Die Linkspartei im Rathaus



## Straßenreinigung



In dieser Ausgabe wollten wir uns diesem Thema ausführlicher widmen. Doch dazu braucht es jetzt nicht zu kommen. Die

Verwaltung hat ihren Satzungsentwurf zurückgezogen, nachdem die Vorlage im Hauptausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Knackpunkt ist immer noch die mehrfache Veranlagung der Besitzer von Eckgrundstücken, was sich als Ungerechtigkeit herausstellte. Die Verwaltung ist jedoch bisher in keiner Weise bereit, dort Veränderungen vorzunehmen, so dass nur die Ablehnung blieb. Mal sehn, wie es jetzt weiter geht.

## Europäische Garten- und Kulturregion

Mit fast einjähriger Verspätung gegenüber dem Projektpartner Forst zum Beispiel wurde unserer Stadtverordnetenversammlung endlich die Möglichkeit von Seiten des Bürgermeisters eingeräumt, auch mal einen Beschluss zu fassen, dass wir überhaupt an der

Europäischen Garten- und Kultur-Region teilnehmen wollen. Natürlich sind nun schon viele Dinge gelaufen, die wir nicht beeinflussen konnten, doch die Umsetzung der Projekte in Millionenhöhe soll durch Beschlüsse der SVV untersetzt werden. Letztendlich hat diese Festlegung uns davon überzeugt, dem Vorhaben Europäische Garten- und Kulturregion zuzustimmen.

## „Comet“

Mit einer Fraktionssitzung vor Ort am 18. Juni wollen wir uns ein Bild von der Arbeit der Jugendeinrichtung machen.

## Jugend, Sport, Kultur

Immer wenn es um Zuschüsse für diese Bereiche geht, macht der Bürgermeister Späße. Diesmal war die Begründung, dass die Zuschüsse nicht ausgereicht werden konnten, da der Haushalt 2007 noch nicht vom Landkreis Spree-Neiße genehmigt worden sei und aus diesem Grund keine Ausgaben getätigt werden könnten. Hört sich zwar logisch an, ist es aber nicht oder es ist eben



Bürgermeister-Logik. Denn ohne überhaupt einen durch die SVV bestätigten Haushalt wurden bisher schon Ausgaben aus diesem getätigt. So war, wie wir bereits berichteten, der Umbau der Förderschule zur Kita „Musikspielhaus“ mit Haushaltsmitteln aus 2007 bereits abgeschlossen als der Haushalt erst zur Abstimmung kam. Das Gleiche galt für den Gasstraßen-Kreisel. Und das alles ohne Genehmigung durch den Landkreis. Es wird also wieder mal mit zweierlei Maß gemessen. Dem wollten sich die Abgeordneten nicht beugen und der Bildungsausschuss brachte einstimmig alle 19 Anträge als Vorlagen zur Abstimmung in die SVV ein, um die Freigabe der Mittel zu erzwingen.

## Raumkonzept

Nachdem in der Mai-Sitzung des Bildungsausschusses das Raumkonzept der Corona-Schröter-Grundschule nach Einzug der Diesterweg-Grundschule mündlich vorgestellt wurde, sollte dieses in schriftlicher Form zugestellt werden. Das ist bisher aber noch nicht erfolgt, so dass wir dranbleiben müssen.

Von Peter Kammer

## **„An der Sprache sollt ihr sie erkennen“**

Wenn man über Neonazis redet muss man es immer tun im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Zustände. Die jährlichen Verfassungsschutzberichte geben diesbezüglich auch Einblicke. Im letzten Bericht hieß es noch „Im Vordergrund der aktuellen Debatte steht der Rechtsextremismus“. Jetzt – 2007 – stellt Schäuble fest, dass rechtsextremistische Haltungen „leider“ dabei seien „Teil der gesellschaftlichen Realität zu werden“. Und weiter wird festgestellt, dass neben dem „islamistischen Terror“, der als größte Gefahr für die „Stabilität und Sicherheit in Deutschland und Europa“ gewertet wird, der Linksextremismus wieder „in den Vordergrund der öffentlichen Debatte“ gerückt ist.

Das klingt sehr nach Verharmlosung „rechtsextremer Gefahr“ und Rückbesinnung auf den Kampf gegen ihks als vordringliche Aufgabe. Na, wenn das nicht Mut macht bei den Neonazis!?

Und es machte Mut – wir merkten es in Guben in den Briefkästen.

Die Neonazis sind eine Gefahr - nicht nur weil sie mit Baseballschlägern und Farbsprayflaschen durch die Städte ziehen, sondern insbesondere deshalb weil sie ihre menschenverachtende Verbrecherei immer erfolgreicher in die Köpfe der Menschen einschleusen. Sie knüpfen an den sozialen Missständen der Gegenwart an und spinnen dort ihren Faden der Volksverhetzung mit Parolen des vulgären Antikapitalismus. Die Neonazis sind im Begriff zur Partei der Deklassierten, der Ausgegrenzten, Abgestürzten und vom Absturz bedrohten hier in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland - zu werden. 74% der Bevölkerung in Ostdeutschland sind laut Sozialbericht vom Rassismus erfasst, 16% der sächsischen Erwerbslosen haben NPD gewählt, in Mecklenburg-Vorpommern waren es 17%. Durch das Einfallstor „soziale Frage“ erreichen sie immer mehr Menschen. Diesen Zusammenhang

gilt es zu erkennen und die Sprache der Neonazis ist zu entlarven. Wovon und wie reden sie, die Neonazis von 2007?

- Sie wettern gegen das Großkapital und unterscheiden dabei zwischen „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital. Das „raffende“ Kapital ziehe unbegrenzte Profite aus dem Volk und aus der „ureigenen Volkswirtschaft“. Dabei giert das Großkapital nach dem durch „Multi-Kulti“ entstandenen „wurzel- und willenlosen Arbeitsheer“, dem es auch die perverssten Lohneinschnitte zumuten könne.

So klingt das, wenn Neofaschisten an den sozialen Missständen des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts anknüpfen und mit Begriffen, die in keinem Lexikon zu finden sind, ihre ausländerfeindliche Volksverhetzung betreiben.

- Sie verteufeln die internationale Solidarität der Unterdrückten, die von den Linken gefördert und praktiziert wird und beschwören eine „nationale“ Solidarität durch die das eigene Volk als „naturgesetzliche Gemeinschaft“ von der „liberal-kapitalistischen“ Seuche befreit werden könne.

Dümmer geht's nimmer!

- Die im humanistischen Denken verankerte Gleichheit der Menschen mit konkretem gesellschaftlichen Bezug bezeichnen die Nazis als Irrglaube, durch den der „wahre Wert des deutschen Volkes“ verfälscht und unterdrückt würde, was der eigentliche Grund für den gegenwärtigen Niedergang sei.

Das alles halte ich in hohem Maße für gefährlich weil die Neonazis den von sozialen Abstürzen betroffenen Menschen, angesichts ihrer Vereinsamung im Verarmungsprozess, ein falsches Gemeinschaftserlebnis verheißen. Ihre Irreführung wird immer potenter, weil die Menschen natürlich nach einem neuen Gemeinschaftserlebnis suchen, dass sie in ihrer gesellschaftlichen Alltäglichkeit nicht mehr finden.

Für uns Linke ist das eine Herausforderung: Wir müssen uns allen Ausgegrenzten zuwenden!

*Unsere Stadt ist reich an Persönlichkeiten, die in ihr geboren wurden, in ihr lebten und zum Wohle der Allgemeinheit wirkten. Oftmals wurden ihre Namen in die Vergessenheit verbannt, obwohl viele von ihnen Ehrenbürger der Stadt Guben sind.*

*Wir als Linke.PDS fühlen uns den demokratischen Traditionen verpflichtet und wollen deswegen an dieser Stelle an ihre Namen erinnern und ihr Schaffen würdigen.*  
*Die Redaktion*

Von M. Augustyniak

## Paul Billig – Kämpfer gegen Reaktion und für Demokratie

Ältere Gubener werden sich noch daran erinnern, dass sich die Feuerwache einst in der Gasstraße – in der Nähe der heutigen Stadtverwaltung befand. Auf ihrer Außenwand war der Name *Paul Billig* zu lesen. So wie in Guben die Straßennamen – die nach Antifaschisten benannt waren – 1990 getilgt wurden, so wurde auch der Name *Paul Billig* entfernt.

Paul Billig – Ehrenbürger der Stadt seit 1968 – geboren am 23. Mai 1893, besuchte in Germersdorf und Guben die Volksschule, heuerte 1907 als Schiffsjunge auf einem Segelschiff an, fuhr dann als Matrose und wurde im April 1915 zur kaiserlichen Marine eingezogen.

Die Kriegspolitik des deutschen Kaiserstaates, der Drill auf den Kriegsschiffen, die schikanöse Behandlung durch die Offiziere veranlassten Paul Billig sich dagegen zu wehren. So beteiligte er sich am Matrosenaufstand in Kiel, nahm an der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Raum Cottbus teil, half in Guben die Solidarbewegung „Rote Hilfe“ aufzubauen, trat dem „Rot-Front-Kämpferbund“ bei und übernahm in der Ortsgruppe Guben der KPD – der er seit 1919 angehörte – verschiedene Funktionen. Beruflich war er als Arbeiter in verschiedenen Gubener Firmen – zuletzt von 1938 bis 1945 als Maschinenformer in der Eisengießerei Donath – tätig.

Sein Eintreten für die Demokratie und die Interessen der Gubener Arbeiter zog ihm

den Hass der reaktionären und später besonders der faschistischen Kräfte zu. So wurde er erstmals 1924 verhaftet. Nach seiner Wahl als Stadtverordneter im März 1933 wurde er am 16.3.1933 erneut verhaftet und wegen „Hochverrat“ zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. 1935 aus dem Zuchthaus entlassen, wurde er Mitglied der illegalen Leitung der KPD in Guben und half bei der Organisation der Aufklärungsarbeit unter den Gubener Einwohnern über die faschistische Politik. Wie bedeutungsvoll sein Handeln war, mussten die Gubener an den Auswirkungen der faschistischen Politik auf die Stadt erkennen, denn diese bewirkten den Tod vieler Gubener Wehrmachtssoldaten, das Elend der Zivilbevölkerung und auch den Verlust des östlichen Teils der Stadt. 1942 erneut verhaftet, gelang es Paul Billig später den weiteren Verfolgungen des faschistischen Regimes zu entgehen und so konnte er nach der Befreiung der Stadt sich aktiv an der beginnenden Neugestaltung des demokratischen Lebens in Guben beteiligen. Auf Anordnung der sowjetischen Kommandantur in Guben begann er am 7.5.1945 mit dem Aufbau einer zwanzigköpfigen Polizeieinheit und war bis April 1950 der Leiter einer neuen – sich Volkspolizei nennenden – Ordnungs- und Schutzinheit. Die Hinterlassenschaft des Faschismus zu beseitigen, Not und Chaos der Nachkriegszeit zu überwinden und die demokratischen Anfänge zu schützen waren komplizierte Aufgaben. Paul Billig versuchte sie zu meistern und mit Recht konnte er später von sich sagen, stets im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts gewirkt zu haben. 1952 musste er aus Krankheitsgründen jede berufliche Tätigkeit aufgeben, war aber weiterhin gesellschaftlich tätig. Mit 76 Jahren ist er am 17.4.1969 verstorben.

**Wir gratulieren unseren  
Seniorinnen und Senioren  
zum Geburtstag im  
Monat Juni.**



**Hildegard Sander zum 84.  
Ursula Kuchling zum 76.  
Max Budach zum 66.  
Roswitha Krüger zum 66.  
Doris Scherke zum 64.**

### Termine – Termine

**28. Juni, 18:00** Gesamtmitgliederversammlung im Citytreff

**07. Juli, 10:00-14:00**  
Sommerfest in Bärenklau



#### Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich, meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL). Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

#### Angaben zu meiner Person

Name, Vorname, Geburtsdatum,  
Beruf, Wohnanschrift (Straße,  
Hausnummer, Postleitzahl, Ort)  
Ort und Datum Unterschrift

Bitte bei der zuständigen  
Gliederung abgeben oder  
einsenden an:

**Partei Vorstand der Partei DIE  
LINKE, Kleine Alexanderstraße  
28, 10178 Berlin**

**Öffnungszeiten  
Geschäftsstelle, Berliner Str. 1  
Dienstag und Donnerstag  
von 14:00 – 16:00 Uhr**

**Linkspartei.PDS in der SVV  
Fraktionssitzung  
jeweils Montag ab 19:30 Uhr  
Rathaus (Turm West)**

Impressum:  
Zeitung der Linkspartei.PDS Guben und  
Infoblatt der SVV-Fraktion Linkspartei.PDS  
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz  
Berliner Str. 1, 03172 Guben  
Redaktionsschluss: 17.06.2007  
Druck: Eigendruck, Auflage 7.250 Stück